Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 11 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 211

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.75 Mk. Durch die Post bezogen 4.02 Mk. für das Vierteljahr. Monatlich 1.34 Mk. Feldpost monatlich 1.50 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilage: Hallescher Courier.

Morgen-Ausgabe

Anzeigengebühren für die siebengespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei den allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig Nr. 30512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7-01 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß Schriftleitung 3610. Geschäftsstelle 560s und 560s. Hauptschriftleiter: Dr. H. Simon, Halle

Montag, 7. Januar 1918

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6293. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Deutschland erkennt die Republik Finnland an

Anerkennung der Finnischen Republik durch Deutschland

Berlin, 6. Jan. (Amtlich.) Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sogleich ein Antrag der Finnen vorliege, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat Seine Majestät der Kaiser den Reichskanzler unter dem 4. dieses Monats beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjelt, Professor Erich und Direktor Sario, namens des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Graf von Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs, Freiherrn von dem Bussche, die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung seitens Deutschlands erklärt.

Der deutsche Schlachtbericht

Berlin, 6. Jan. An der Westfront hielt auch am 5. Januar die rege Erkundungstätigkeit und der lebhafte Flugbetrieb an.

Englische Erkundungspatrouillen mußten nordöstlich Poelkapelle und westlich Zandvoorde nach blutigen Verlusten über das Trichterfeld in ihre Gräben zurückflüchten. Oestlich Reims und in Gegend nördlich Prunay scheiterten französische Erkundungsvorstöße. In der Champagne versuchten die Franzosen nach mehrstündiger Feuervorbereitung an zwei Stellen in unsere Stellungen westlich des Kanonenberges einzudringen. Unsere Grabenbesatzung stieß sie hier bis dicht an unsere Linien herankommen und warf sie sodann in schneidigem Gegenstoß zurück. Ebensowenig Erfolg hatten französische Abschnitte in den Argonnen und zwischen Maas und Mosel.

Unsere Erkundungsabteilungen erfüllten an mehreren Stellen der Front voll ihren Auftrag. Nordöstlich Avocourt brachen unsere Sturmtrupps am Morgen des 5. Januar überraschend nach kurzem Artillerie- und Minenfeuer in die feindlichen Gräben ein und brachten trotz starker Gegenwehr 37 Gefangene und 2 Maschinengewehre zurück.

Vorträge beim Kaiser

Berlin, 6. Jan. Amtlich. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern abend Generalfeldmarschall v. Woyrsch zur Meldung. Dieser und Admiral à la suite der Marine, Graf Baudissin, waren zur Abendtafel geladen. Heute vormittag nahmen beide Majestäten an dem Gottesdienst im Dom teil. Seine Majestät der Kaiser hörte später den Generalstabsvortrag und den des Vertreters des Auswärtigen Amtes, Legationsrates Freiherrn v. Grünau.

Berlin, 6. Jan. Amtlich. Seine Majestät der Kaiser hörte vormittags den Vortrag des Kriegsministers und den Generalstabsvortrag. Ferner empfing Se. Majestät zur Meldung den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Freiherrn von Stein, die Unterstaatssekretäre im Reichswirtschaftsamt Dr. von Göppert und Dr. Casper, den Ministerialdirektor Dr. von Seefeld vom Ministerium für Handel und Gewerbe, den bulgarischen General Protogeroff und Dr. Totschkoff. Zur Frühstückstafel bei Ihren Majestäten waren geladen: K. u. K. Botschafter Prinz zu Hohenlohe, K. ottomanischer Botschaftsrat Ehdem Bey, K. bulgarischer Gesandter Rizoff, General Protogeroff, Dr. Totschkoff, Fürst von Wedel, Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche, Einführer des diplomatischen Korps von Rüber.

Fraktionsführer beim Reichskanzler

Berlin, 7. Jan. Der Reichskanzler empfing laut „L.-A." gestern eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein durchaus beruhigendes Bild unserer gegenwärtigen militärischen und politischen Lage zu geben in der Lage war. Auch eine Reihe von Persönlichkeitsfragen wurde in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zur Beunruhigung als beseitigt angesehen werden kann.

Internierung von Deutschen in Italien

Bern, 6. Jan. Nach einer Meldung des „Secolo" aus Rom traf die Polizeidirektion weitere Maßnahmen zur Internierung oder Ausweisung feindlicher Staatsangehöriger. Bisher wurden in Konzentrationslagern 1550 Personen interniert. Ungefähr 200 wurden ausgewiesen oder aufgefordert, Italien zu verlassen. Aus Rom allein wurden in Städten Süditaliens mehr als 150 deutsche und österreichisch-ungarische Familien interniert.

Zum deutsch-schweizer Zwischenfall

Bern, 6. Jan. Der schweizerische Gesandte in Berlin wurde beauftragt, der deutschen Regierung das Bedauern des Bundesrates auszusprechen über den Zwischenfall auf dem Bodensee, wo infolge des Ueberfalles eines Unteroffiziers ein deutscher Dampfer vom schweizerischen Ufer aus beschossen worden war.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 6. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz

Die Feuertätigkeit blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgefechten.

Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Juvincourt und nordöstlich von Avocourt brachten eigene nach Feuervorbereitung durchgeführte Unternehmungen, ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein.

Im Walde von Ailly versuchten die Franzosen zweimal vergeblich, in unsere Gräben einzudringen.

*

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und vier Fesselballons abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts neues.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front

Beiderseits der Brenta im Tomba-Gebiet und am Montello zeitweilig Artilleriekampf.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 6. Jan., abends. (Amtlich.)

Erhöhte Gefechtstätigkeit an der flandrischen Front, südlich von der Scarpe und auf dem Westufer der Mosel.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 6. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiete des Monte Asolone, des Monte Tomba und des Montello entwickelten sich zeitweise Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Clémenceaus Kriegsprogramm

Genf, 6. Jan. Ein Mitarbeiter des „Petit Parisien" erhielt folgende kurze Erklärung von Clemenceau: „Mein Kriegsprogramm besteht natürlich darin, den Krieg zu verstärken, unsere Soldaten zu unterstützen, alles für sie zu tun, zu kämpfen und zu siegen. Das sind meine Pläne für den Sieg."

Die Sozialisten gegen Clémenceau

Herve für den Zarismus

Bern, 6. Jan. Die sozialistische und linksradikale Presse verurteilt in schärfster Weise die Haltung Clemenceaus gegenüber der sozialistischen Delegation und betont, die Verweigerung der Pässe für Stockholm sei ein neuer schwerer diplomatischer Fehler, ganz abgesehen von der Mißachtung, die für die sozialistische Partei darin enthalten sei. Albert Thomas deutet in der „Humanité" an, Clemenceau sei zur Besprechung mit den Sozialisten zögernd erschienen und habe sich wohl selbst darüber Rechenschaft abgelegt, daß seine Stellungnahme falsch sei. Clemenceau habe übrigens einen Augenblick lang beabsichtigt, Thomas in Mission nach Schweden und Rußland zu entsenden, und nur die Furcht vor auffälligen Zweideutigkeiten habe ihn veranlaßt, auf den Plan zu verzichten. Thomas betont sodann, daß die französischen Sozialisten bei den Maximalisten vor allem gegen den Abschluß eines Sonderfriedens Propaganda machen wollten im Hinweis darauf, daß nur ein allgemeiner Frieden erspießlich sein könnte. Befriedigt über Clemenceaus Entschluß äußert sich natürlich Hervés „Victoire". Lenin könne man doch nicht mehr auf die richtige Bahn zurückführen. Die wahren Ententefreunde in Rußland seien die Ukrainer, die Kosaken, die rumänischen und polnischen Elemente, die Kadetten, die patriotischen Sozialisten und die Monarchisten, die man mit allen Mitteln unterstützen müsse, um den Leninismus niederzuwerfen. Im gleichen Sinne äußert sich das „Echo de Paris".

Der Ablauf der zehntägigen Frist

Brest-Litowsk, 6. Jan. Gestern abend ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe, Petersburg.

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen.
Gezeichnet v. Kühlmann für Deutschland;
gezeichnet Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn;
gezeichnet Popow für Bulgarien;
gezeichnet Nesimi Bey für die Türkei."

Falsche Nachricht über General Ludendorff

Berlin, 6. Jan. Amtlich. Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

*

Berlin, 7. Jan. Das „B. T." hält die Zeitungsentrüstung über Brest-Litowsk für etwas erkünstelt und bezeichnet es als unerhört, wenn Sensationsnachrichten im Volke verbreitet werden, das mehr als je Kraft und Gleichmaß brauche.

Die „Kreuzzeitung" schreibt, große militärische Schläge seien noch nötig, um den Frieden zu erkämpfen. Unerläßlich sei die Feldherrnschaft der beiden Männer, deren militärische Führung uns bis zu dem Punkte gebracht hat, wo wir stehen. Unerläßlich ist auch der Schatz des unbedingten Vertrauens, das Heer und Volk zu diesen Heerführern erfüllt.

Das deutsche Volk weiß, schreibt die „Rundschau", was es den beiden Männern verdankt, die außer jedem Vergleich unser wertvollstes nationales Haben sind.

Der Bürgerkrieg in Rußland

Rotterdam, 6. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London vom 4. Januar: Die Bolschewiki halten Charkow besetzt, aber die Truppen des Generals Tscherbatschew schließen die Stadt allmählich ein. Starke Truppen der Bolschewiki werden bei Woronesch zusammengezogen und bereiten einen Angriff auf Kaledin vor. Bolschewiki, die mit der Eisenbahn von der kaukasischen Front kamen, wurden bei Rostow durch Kaledins Truppen entwaffnet.

Venizelos' judenfeindliche Politik

Zürich, 6. Januar. In einer Unterredung, die der Vorsitzende der englischen jüdischen Wohltätigkeitsvereinigung Sir Stuart Samuel mit Venizelos hatte, bestätigt der letztere, daß die griechische Regierung eine Gesetzesvorlage einbringen werde, die die Enteignung des von der Feuersbrunst heimgesuchten Teiles von Salonikі zum Gegenstand habe. Durch diese Vorlage werden bekanntlich Tausende jüdischer Familien um ihr Heim gebracht und zur Auswanderung gezwungen. Die Schädigung der Abgebrannten ist doppelt groß, da die Zahlungen nicht in bar, sondern in griechischen Schatzbonds erfolgen sollen. Die ganze Aktion richtet sich gegen die Juden, die zumeist spanischen Ursprungs sind, weil sie in Saloniki im wesentlichen die Träger der gegen Venizelos gerichteten königstreuen Politik sind. Die Bemerkung Venizelos zu Sir Stuart Samuel: „Ich kann erklären, daß es für Saloniki ein Unglück wäre, wenn die Juden auswandern sollten, da es dadurch jene Kräfte verlieren würde, die es zur Blüte gebracht haben", wird als eine bewußte Unwahrheit in jüdischen Kreisen empfunden.

Die Verzweiflung und Not unter den Juden in Saloniki ist entsetzlich. Weit über 2000 Familien sind gezwungen, seit Monaten in Zelten zu wohnen, annähernd 1000 Familien wohnen in Pferdeställen. Die natürliche Folge sind epidemische Krankheiten und Hungersnot. Was bisher gesammelt wurde, hat kaum für die erste Hilfe ausgereicht. An den Wiederaufbau kann wegen des famosen Expropriationsprojektes nicht gedacht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801071-10/fragment/page=0001

Gedrückte Stimmung

Trotz krampfhafter Versuche der feindlichen Staatsmänner, angesichts der glänzenden Lage der Mittelmächte die Haltung zu bewahren und die auf den Nullpunkt gesunkene Kriegsfreudigkeit ihrer Völker künstlich zu heben, ist die allgemeine Stimmung in England, Frankreich und Amerika so gedrückt, daß auch die Presse sich kaum mehr bemüht, diesen Umschwung der öffentlichen Meinung zu verbergen. Ein Blick in die Spalten der feindlichen Blätter beweist, daß überall die Ernüchterung dem Siegestaumel schnell gefolgt ist. Die „Daily News" teilen mit, daß sich ein großer Teil der englischen Konservativen bekehrt habe und nun finde, der Brief Lansdownes entspreche der Wirklichkeit und den Ansichten eines großen Teiles der englischen öffentlichen Meinung. Der „Labour Leader" erklärt, daß sich die englische Arbeiterschaft bei erster Gelegenheit mit Lansdowne solidarisch erklären werde. Der „Common Sense" überschreibt seinen Leitartikel mit den Worten: „Endlich kommt die Vernunft an den Tag." Wie kritisch die Zustände in den Ländern der Entente tatsächlich geworden sind, beweist der Bericht eines hervorragenden, dank kürzlich unternommener Reisen in England, Frankreich und Amerika vorzüglich informierten Schweizers, der folgendes besagt: „Der Entente droht eine militärische Katastrophe, wenn der Friede nicht bis zum Frühjahr zustande kommt. Hinter Lansdowne steht ein großer Teil des englischen Volkes. Das Kabinett Loyd George ist völlig isoliert. In London gibt man der Regierung keine drei Monate Dasein mehr. Die zweifellos starke, aber unausgeglichene, unberechenbare Persönlichkeit des Premiers hat allgemein viel von ihrer ursprünglichen Popularität verloren."

Auch in Frankreich hat dieser Schweizer Gewährsmann eine weitverbreitete, durch die Rückgabe Elsaß-Lothringens allerdings immer noch stark bedingte Friedensbereitschaft festgestellt. Die vielen Affären seien das Zeichen einer machsenden und ungestümen Friedensehnsucht, gegen die auch Clémenceau ohnmächtig sein werde. Ein letzer gewaltiger Kampf zwischen den Kriegs- und Friedensfreunden bereite sich vor. Die vielen Affären vereinigten und vereinfachten sich zu einer großen Affäre Caillaux, die denjenigen Mann, den man immer bestimmter als Frankreichs Führer zum Frieden bezeichne, vernichtend treffend solle. Ueber die Stimmung in Amerika ließ sich der Gewährsmann wie folgt aus: „Sollte sich die Entente auf Amerika verlassen, so würde sie bald die bitterste Enttäuschung erleben. Von Kriegsbegeisterung nicht die Spur. Die angekündigten amerikanischen Heere werde man, an der Westfront wenigstens, nie zu Gesicht bekommen. Die amerikanische Mithilfe sei derart verklausuliert worden, daß man sie, was namhafte Truppensendungen anbelange, jetzt schon außer Rechnung stellen müsse. Man mache sich in der Union weit mehr auf einen Waffengang mit Japan statt mit Deutschland gefaßt."

Schwindende Zuversicht auf englischer Seite?

Die hochtönenden, zuversichtlich klingenden Reden eines Lloyd George und anderer englischer Staatsmänner beginnen ihre Wirkung zu verfehlen. Alle Welt sagt sich, daß sie doch unmöglich so sprecht sein können, daß sie nicht die Kriegslage von allen Fronten übersehen und auch bewerten können. Außerdem ist doch kaum anzunehmen, daß sie nicht über die Stimmung, wie sie nach den letzten Ereignissen im englischen Heere und Volke gegriffen hat, genau unterrichtet sein sollten. Man muß es allerdings den Engländern zugestehen, daß das Volk in allen seinen Teilen, an der Front und in der Heimat mit einer Zähigkeit und Zuversichtlichkeit an den endgültigen Sieg Englands geglaubt hat, die so manchem andern Volke, das viel mehr Veranlassung zu einer solchen Zuversicht gehabt hätte, als Vorbild hätte dienen können. Aber die Entwicklung der Dinge im Osten und besonders die unmittelbar viel fühlbareren Mißerfolge bei Cambrai haben einen Umschwung in der Stimmung hervorgerufen, der den Machthabern um so bedenklicher und gefährlicher erscheinen mußte, als er sich seit Kriegsbeginn zum allererstenMale bemerkbar macht. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß zwar auch schon früher englische Gefangene eine gewisse Kriegsmüdigkeit erkennen ließen. Das waren mehr oder weniger vereinzelte Erscheinungen, die feste Zuversicht auf den endgültigen Sieg war und blieb unerschüttert. Die Erfolglosigkeit der britischen Anstrengungen konnte so auch dem blödesten Auge nicht verborgen bleiben, aber dafür lagen die Entschuldigungen so nahe. In den Jahren 1914, 1915 und 1916 war das englische Heer eben noch nicht auf der Höhe seiner Ausrüstung und Ausbildung, da es ja fast ganz neu gebildet werden mußte, und jeder Engländer war stolz darauf, daß es in dieser kurzen Zeit gelungen war, ein solches Millionenheer aufzustellen und auszurüsten. Im Jahre 1917 war aber der Ausbau des Heeres vollendet. England fand nun auf der Höhe seiner Kraftentwicklung. Die allgemeine Wehrpflicht hatte gedient, Rekrutenmaterial geliefert, die Kadretten Englands und der übrigen halben Welt wetteiferten in der Versorgung Englands mit Munition und Material, die englischen Generale hatten aus den Erfahrungen der bisherigen Feldschlächte ihre Folgerungen gezogen, kurzum, die Ueberlegenheit des englischen Heeres in jeder Beziehung lag für jeden Engländer so klar zutage, daß es geradezu Vaterlandsverrat gewesen wäre, wenn man nicht mit voller Zuversicht mit dem endlichen, wenn auch nicht mühelosen Siege gerechnet hätte. Dann kamen die furchtbaren, verlustreichen Stürme auf die deutsche Mauer, die ihresgleichen in der Geschichte nicht haben. Das englische Heer erlebte Reiten, wie sie ihm bisher völlig unbekannt gewesen waren. An die Kraft, den Mut und die Ausdauer des englischen Soldaten wurden unerhörte Anforderungen gestellt. Aber obwohl ein Munitionsverbrauch einzelnes hatte, daß nach menschlicher Berechnung jedes Leben auf der feindlichen Seite auf weite Strecken vernichtet sein mußte, war doch alles umsonst. Mochte man sich noch so krampfhaft bemühen, die kleinsten örtlichen Erfolge als entscheidende Siege darzustellen, die Wahrheit konnte doch nicht auf die Dauer verborgen bleiben. Die Stützpunkte der deutschen U-Boote an der flandrischen Küste sind immer noch in deutschen Händen, das deutsche Heer steht immer noch unerschüttert in seinen belgischen und französischen Stellungen, und die Aussicht, es in absehbarer Zeit über den Rhein jagen zu können, ist geringer denn je. Wenn die Friedensverhandlungen im Osten, die starke Kräfte der Verbündeten für die Westfront freimachen müssen. So muß denn schließlich auch der letzte Soldat einsehen, daß England mit seiner eigenen Macht nichts ausrichten kann, und so klammert sich alles an den Strohhalm der amerikanischen, wiewohl dies doch einer Bankrotterklärung verzweifelt ähnlich sieht. Die Regierenden in England müssen aber wissen, daß die amerikanische Hilfe in dem Umfange, wie sie nötig wäre, um das Kriegsglück zu wenden, bei den heutigen Schiffsraumverhältnissen nie einsetzen kann. Wenn sie trotzdem Kurzsichtig auf der Fortsetzung des Krieges bestehen und jede Friedensregung im Volke mit brutaler Gewalt unterdrücken, so kann sie dann nur die blasse Furcht um das eigne kostbare Leben bewegen. Aber auch der Tag wird kommen, an dem das Volk an die Versprechungen und Beteuerungen der Regierenden nicht mehr glauben wird. Dann allerdings wehe denen, die es so lange geläubt haben.

Die amerikanische Hilfe — eine Illusion

Berlin, 6. Jan. Der Ausfall der russischen Militärmacht kann durch ein amerikanisches Hilfsheer nicht ausgeglichen werden. Das für den Frühling erwartete amerikanische Millionenheer ist eine Illusion — dies behauptet die linkssozialistische Pariser Monatsschrift „Pacific", indem sie ausführt: „Die öffentliche Meinung Frankreichs ist während des gesamten Krieges in einen Zustand der völligen Ignoranz und eines durchaus irreführenden Optimismus gehalten worden. Eine der großen Illusionen der gegenwärtigen Stunde besteht in der Annahme, daß die militärische Hilfe Amerikas zu Ende des Winters den Zusammenbruch der russischen Armee ausgleichen wird. England, das noch durch zahlreiche Kolonialfeldzüge erprobte Truppen und ein vorzügliches Offiziersmaterial besaß, und dessen Ausbildungslager nur in geringer Entfernung von der Westfront lagen, brauchte zwei Jahre, um ein Millionenheer aufzustellen, auszurüsten, auszubilden und ins Feld zu senden. Und da will man uns glauben machen, daß die Vereinigten Staaten, die weder über militärische Traditionen, noch über aktives Militär oder geeignetes Offiziersmaterial verfügen, und deren Ausbildungslager tausende von Kilometern von der deutsch-französischen Kampffront liegen, bis zum Frühjahr eine Armee von 1 Million Soldaten aufstellen, ausrüsten, ausbilden, über den Ozean transportieren und gegen den Feind ansetzen wird? Das ist nichts anderes als eine Illusion. Unsere Regierung hat ohne Zweifel gute Gründe, die Zahl der eingetroffenen oder erwarteten amerikanischen Truppen geheim zu halten. In Ermangelung offizieller Mitteilungen sagt uns der gesunde Menschenverstand, daß die phantastischen Ziffern gewisser Blätter falsch sind. Hüten wir uns davor, die öffentliche Meinung über diesen Punkt irre zu führen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Zusammenbruch der russischen Armee für den Verband eine fühlbare militärische Schwächung bedeutet."

Auswechselung deutscher und englischer Kriegsgefangener

Haag, 6. Jan. Im Auswärtigen Amt fand durch den deutschen und den britischen Gesandten und die Direktionen der Dampfschiffahrtsgesellschaften Rotterdamer Lloyd und Zeeland die Unterzeichnung von Kontrakten betreffend den Untertransport von britischen und deutschen Kriegsgefangenen statt. Nach Vorbereitung durch die niederländische Regierung ist Uebereinstimmung erreicht worden über die Anweisung des Hafens von Boston am Wash als englischen Endpunkt der Ueberfahrt, während auf Verlangen der niederländischen Regierung andererseits Rotterdam als Ausgangshafen bestimmt wurde. Weiter wurde Uebereinstimmung erzielt betreffend die Bezeichnung einer festen Linie für die Transportschiffe und einer stärkeren Beleuchtung eines Teiles der englischen Küste. Einige Leuchtschiffe werden aufgestellt werden, welche ihr Licht scheinen lassen, sobald die Transportschiffe drahtlos darum ersuchen, die britische Admiralität sendet Lotsen, welche sich ununterbrochen an Bord der Schiffe befinden werden. Das niederländische Rote Kreuz leistet auf Ansuchen der niederländischen Regierung Mitwirkung bei der Verpflegung an Bord. Die beiden Reedereien stellen die Dampfer „Sindoro" (Rotterdamer Lloyd), „Zeeland" und „Koningin Regentes" (Zeeland) zum Kriegsgefangenentransport zwischen den Niederlanden und England voraussichtlich während vier Monaten zur Verfügung. Diese werden insgesamt jedesmal 850 Kriegsgefangene und 40 Aerzte und Pflegerinnen befördern können. Es wird beabsichtigt, in den ersten Tagen des Januar mit einem Transport von Engländern aus Rotterdam abzufahren. Die Dampfer werden während der Ueberfahrt beieinander bleiben und die niederländische sowie die Flagge des Roten Kreuzes führen müssen.

Englisches Interesse für Elsaß-Lothringen

Während französische und amerikanische Stimmen schon seit langem die wirtschaftliche Bedeutung Elsaß-Lothringens, besonders seinen Kalireichtum, bezweifelt und damit die Notwendigkeit einer „Desannexion" der deutschen Reichslande zu begründen suchen, steh man in England der elsaß-lothringischen Frage trotz allen Lärms, der für dieses französische Kriegsziel in der englischen Presse künstlich hervorgerufen wird, sehr kühl gegenüber. Aus Gründen der Solidarität mit dem Bundesgenossen muß aber dem Durchschnittsengländer die elsaß-lothringische Frage schmackhaft gemacht werden, und deshalb wählt man das bewährte Mittel, an sein wohlverstandenes und materielles Interesse zu appellieren. „Lloyds List" macht diesen Versuch unter Hinweis auf einen Vortrag des Geologieprofessors Fearnsides von der Universität Sheffield, der darauf aufmerksam macht, daß in den Jahren 1904—1913 die Ausbeute an basischen Erzen (basic ores) in Deutschland, Frankreich und Belgien sich verdoppelt hat, während sie in England nur eine schwache Zunahme aufzuweisen hat. England erhielt einen großen Teil seines Bedarfs aus Bilbao, aber die dortigen Bergwerke sind größtenteils erschöpft, und wenn man auch auf Zufuhr aus Marokko und Umgebung rechnen kann, so ist die Entfernung doch sehr groß. —

Nun weiß man in England doch wenigstens, daß es auch einen gewissen praktischen Wert hat, wenn seine Tommies für die Befreiung der Reichslande von den deutschen Barbaren weiterhin Leben und Gesundheit opfern müssen.

Stimmungsumschwung in Holland

In der Wochenausgabe des „Nieuwe Courant" vom 15. Dezember findet sich folgendes bemerkenswerte „Eingesandt": „Es ist eine recht eigenartige Erscheinung, daß wir Holländer gerade von England und Amerika, die immer hervorh ben, daß sie für Freiheit und Recht und für das Fo tbestehen der kleinen Staaten kämpfen, am geringschätzigsten beh ndelt werden, daß gerade England und Amerika unsere Freiheit und Rechte, darunter sogar das Eigentumsrecht, am häufigsten antasten. Es ist verwunderlich, daß weder England noch Amerika begreifen, daß die geringen Vorteile, die die Mittelmächte von unbedeutenden Mengen geschmuggelter Nahrungsmittel haben, lange nicht die Veränderung der Stimmung in Holland aufwiegen, wo viele antideutsche Holländer jetzt antienglisch gewo den sind. Bisher haben wir in England immer den Beschirmer der kleinen Staaten und darunter auch den Hollands gesehen. Darum ist es besonders auffallend, daß vor allem England und seine Verbündeten so schamlos unsere Rechte und Freiheiten verletzen." Es scheint demnach, als ob die deutschfeindlichen Holländer allmählich, wenn auch reichlich spät, dank der englisch-amerikanischen Gewaltpolitik, zu der Erkenntnis kommen, daß aus der angelsächsischen Welt nicht nur Gutes zu erwarten ist. Aber es fühlt, wie wohl bald jeder Einzelne am eigenen Leibe schmerzlichst, wie Englands Wohlwollen und Kampffreudigkeit für die Rechte der kleinen neutralen Staaten in Wahrheit beschaffen sind.

Große Fleischnot in London

Rotterdam, 6. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Vorgestern waren zahlreiche Metzgerläden in London geschlossen, weil die Metzger auf den Märkten kein Fleisch bekommen konnten. Vor den Läden, die über Fleischvorräte verfügten, sammelten sich ganze Reihen von Kunden an, von denen viele unverrichteter Dinge zurückkehren mußten. Um die Not der ärmeren Bevölkerung zu lindern, hat die Regierung vorgestern 4000 gefrorene Schafe zur Verfügung gestellt.

Das kommunale Wahlrecht der Kriegsteilnehmer

Berlin, 5. Jan. Durch Gesetz vom 4. März 1917 ist zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer den Stadt- und Landgemeinden die Befugnis gegeben worden, für das Jahr 1917 durch Gemeindebeschluß anzuordnen,

entweder,

daß von einer Aufstellung, allgemeinen und Einzelberichtigung sowie Auslegung der Liste der stimmfähigen Bürger (Gemeindeglieder) abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird,

oder,

daß bei der gesetzmäßigen Aufstellung (Berichtigung) der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer, die den sonstigen Voraussetzungen für den Erwerb und die Ausübung des Bürger- (Gemeinde-) Rechtes genügen, eine Minderung der veranlagten Steuersätze oder der Einkommensbezüge, die etwa gegenüber den für die letzte endgültige Liste maßgeblichen Verhältnissen eingetreten ist, außer Betracht bleibt.

Es ist damit zu rechnen, daß die Geltungsdauer dieser gesetzlichen Bestimmungen in allernächster Zeit auf das Jahr 1918 erstreckt wird. Gemeinden, die sonst nach dem für sie gültigen Gemeindeverfassungsgesetz bereits in der zweiten Hälfte des Monats Januar die Auslegung der Liste für die Wahlen zur Gemeindevertretung würden vornehmen müssen (vornehmlich sind das Landgemeinden) werden gut tun, um sich unnötige Vorarbeiten zu ersparen, auf die Fortdauer der oben erwähnten Bestimmungen schon jetzt Rücksicht zu nehmen.

Die Flamen unter französischer Knute

Amsterdam, 6. Jan. Die Zeitung „Vrij Belgie" schreibt: „Anläßlich der wachsenden Erbitterungen der flamischen Soldaten über das ihnen fortwährend angetane Unrecht an der ganzen belgischen Front, auch in der Etappe, hat eine allgemeine Verfolgung aller volksbewußten Flamen begonnen. Sie werden bespioniert und herausgefordert, verdächtigt und von ihren französisch gesinnten Vorgesetzten auf alle Art gekränkt und gedemütigt. Tüchtige Soldaten werden nur wegen ihrer flämischen Gesinnung zurückgesetzt und sind von jeder Beförderung ausgeschlossen. Sie werden mit Straf- und Kriegsgerichten verfolgt. Flämische Vorgesetzte sind zu niedrigern Rangklassen degradiert worden, weil sie sich geweigert haben, ihre flämische Ueberzeugung aufzugeben. Den flämischen Soldaten wird buchstäblich jedes selbständige Auftreten unmöglich gemacht. Die Zensur tritt unerbittlich gegen alles, was flämisch gesinnt ist. Welch' schöne Aufgabe — den Schutz der vergewaltigten Flamen im französisch-belgischen Heere — könnten hier Wilson und Lloyd George erfüllen, wenn ihre so oft im Munde geführte Befreiung der kleinen Nationen nicht eitel Phrase und Lüge wäre!

Von ihren eigenen Landsleuten getötet

Berlin, 6. Jan. Durch feindlichen Bombenabwurf hat wiederum die französische Zivilbevölkerung zu leiden gehabt. In dem weit hinter unserer Front gelegenen Bouchain wurden drei Franzosen durch die Bomben ihrer Landsleute oder Verbündeten getötet und vier Franzosen schwer verwundet.

Spanische Unteroffizier-Junten

Madrid, 6. Januar. (Agence Havas.) Der Kriegsminister erklärte gestern, er habe erfahren, daß unter den Unteroffizieren eine Bewegung im Gange sei, um Verteidigungsjunten zu gründen. Er habe versucht, dies zu verhindern, doch hätten die Unteroffiziere Versammlungen veranstaltet. Außerdem verkehrten sie zwischen den einzelnen Garnisonen mittels chiffrierter Schrift. Der Kriegsminister hat den Ministerrat von den ergriffenen Maßnahmen verständigt. Der Führer der Unteroffizier-Junten ist verschwunden. Die Lage in den Kasernen in der Provinz ist normal. Die verfassungsmäßigen Bürgschaften werden einstweilen nicht aufgehoben werden.

Der Unterstaatssekretär des Innern hat bekanntgegeben, daß die Verabschiedung mehrerer Sergeanten sich ohne Zwischenfall vollzogen habe. Die entdeckten Papiere seien einem Kriegsgericht übergeben worden.

Ernennungen

Wien, 6. Jan. Das Armeeverordnungsblatt meldet: Kaiser Karl ernannte den Obersten Ernst August, Herzog von Braunschweig, zum General der Kavallerie, den Obersten Herzog Robert von Württemberg zum Feldmarschallleutnant, und den Obersten Herzog Ulrich von Württemberg zum Generalmajor.

200 000 Kronen-Spende für Polen

Lublin, 5. Jan. Das Generalgouvernement gibt bekannt: Der Generalgouverneur hat im Namen des Kaisers Karl 200 000 Kronen für wohltätige sowie kulturelle Zwecke zugunsten aller unter österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Kreise Polens angewiesen.

Englands Vertretung in Petersburg

Rotterdam, 6. Jan. Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News" schreibt, die englische Regierung habe die Absicht, sich in Petersburg zunächst durch einen Geschäftsträger vertreten zu lassen. Wenn jemand, der bereits in Rußland sei, für diesen Posten gewählt würde, so würde es wahrscheinlich der britische Generalkonsul in Moskau sein.

Ministerwechsel in Schweden

Stockholm, 6. Jan. Nachdem der Minister und Chef des Finanzdepartements Hjalmar Branting infolge beglaubigter Krankheit um die Entlassung aus seinem Amte ersucht hat, hat der König den Minister Branting seines Amtes enthoben und den Bevollmächtigten der Reichsbank, sozialistischen Abgeordneten Thorsson zum Minister und Chef des Finanzdepartements ernannt.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kreibohm, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191801071-10/fragment/page=0002